



NR°4
November 2020

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: zvg

WIE VIELE FLÜSSE DÜRFEN ABGETÖTET WERDEN FÜR PROFIT IN DER SCHWEIZ?

A.Z.B.
3001 Bern

Am 29. November stimmen wir über die Initiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen - zum Schutz von Mensch und Umwelt» ab. Eine breite Koalition aus Organisationen, Kirchen, Zivilgesellschaft und Politikern setzt sich dafür ein. Bundesrat, Konzernlobby und Wirtschaftsverbände sehen sich dem Vorwurf ausgesetzt, teilweise mit krassen Unwahrheiten dagegen zu kämpfen.

Die Mine eines in der Schweiz ansässigen Konzerns vergiftet Luft und Wasser in Cerro de Pasco in Peru mit Schwermetallen. Pestizide aus der Schweiz, die bei uns längst verboten sind, töten im indischen Bundesstaat Maharashtra ahnungslose Landarbeiter. Schweizer Goldraffinerien beziehen Rohgold aus Minen, in denen Kinder schufteten. Dem will die Initiative einen Riegel schieben. Sie fordert, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz und ihre Töchter im Ausland die Menschenrechte und internationale Umweltstandards einhalten. Tun sie es nicht, sollen sie künftig für die angerichteten Schäden haften. Für die

allermeisten Unternehmen ist dies heute schon eine Selbstverständlichkeit. Nur für einige wenige schwarze Schafe, die sich freiwillig nicht daran halten, braucht es konkrete Regeln und Konsequenzen. In anderen Ländern wie Kanada, Grossbritannien, Frankreich oder Niederlande sind ähnliche Vorgaben bereits Gesetz.

Eine nie da gewesene breite Koalition setzt sich für die Initiative ein: Mehr als 120 Menschenrechts-, Umwelt-, Entwicklungs- und Konsumentenorganisationen, ein Wirtschaftskomitee aus 190 Unternehmer/innen, ein Bürgerliches Komitee aus mehr als 350 Politikerinnen und Politikern

der BDP, CVP, EVP, FDP, GLP und SVP, die Schweizer Bischofskonferenz, die Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz, die Schweizerische Evangelische Allianz, der Verband der Freikirchen sowie rund 400 Lokalkomitees mit über 20 000 Freiwilligen sagt: Wer Schaden an Mensch und Umwelt anrichtet, soll dafür geradestehen. Der Gegenvorschlag, der bei einer Nichtannahme in Kraft tritt, sieht lediglich eine Berichterstattungspflicht vor. Unternehmen müssten dann auch weiterhin nicht haften, wenn sie Menschenrechte verletzen oder ganze Landstriche zerstören. Die EVP-De-

Fortsetzung S. 3

FÜR VERANTWORTUNG 4 - 5

Ist ein afrikanisches Kind oder ein indischer Landarbeiter weniger wert? Die Konzern-Initiative im Interview.

FÜR DEN FRIEDEN 6

Leisten wir einen konsequenten Beitrag für den Frieden? Lilian Studer stellt Fragen zur Kriegsgeschäfte-Initiative.

FÜR MENSCHENWÜRDE 8

Ein Sexkaufverbot verändert das Bewusstsein gegenüber Prostitution und Menschenhandel - die EVP geht voran.

EDITORIAL



MORAL VOR GELD

Während ich diese Zeilen schreibe, herrscht in Armenien Krieg. Berg-Karabach wurde von Aserbeidschan mit türkischer Unterstützung angegriffen. Eine Fortsetzung des Völkermordes am armenischen Volk?

Am verletzlichsten in diesem Konflikt ist die christliche Bevölkerung von Berg-Karabach, die keinen international anerkannten und dadurch schützenden Staat besitzt. Der Bevölkerung von Berg-Karabach droht Vertreibung und Vernichtung.

Gleiches gilt aber, sollte die Türkei ihre eingeschlagene Grossmachtspolitik weitertreiben, für das gesamte armenische Volk. Aserbeidschan und die Türkei lehnen Friedensgespräche unter der Leitung der explizit für diese Vermittlung zuständigen «Minsker Gruppe» der OSZE ab.

Und die Schweiz schweigt bisher. Müssten wir uns nicht mit aller Kraft gegen die Vertreibung der Christen in diesem Gebiet wehren? Warum wird immer so viel Rücksicht auf die Türkei genommen? Sind da wieder wirtschaftliche Interessen im Spiel? Ich wünsche mir wirklich, dass in unserem Land Moral vor Geld gestellt würde. Eine Gelegenheit dazu haben wir bei den nächsten Abstimmungen:

Die Initiative zur Finanzierung der Kriegsmaterialproduktion und die Konzernverantwortungsinitiative. Zu beidem berichten wir, nebst vielem anderen, in interessanten Artikeln in dieser Ausgabe der Akzente.

Und wie gewohnt greifen wir aktuelle EVP-Themen auf, zu denen politische Vorstösse eingereicht wurden. Provoziert hat erwartungsgemäss bereits meine Motion unter dem Titel «Menschen sind keine Ware – Nordisches Modell für die Schweiz (Sexkaufverbot)». Zwei weitere, für unsere Partei wichtige Anliegen, finden sich einerseits in der Motion von Nik Gugger zum Jugendschutz vor Pornografie im Internet und das Postulat von mir als Parteipräsidentin, welches verlangt, dass Personen, die abgelehnten Asylbewerbern transparent und uneigennützig Unterkunft bieten wollen, dafür nicht mehr bestraft werden. Auch bei diesen Themen geht es schlussendlich um Geld und Ethik. Ich bin froh, dass sich die EVP hier immer klar positioniert und danke Ihnen allen herzlich für Ihre Unterstützung!

Herzlich Ihre

Marianne Streiff

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr
Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch
Redaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)
Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp
Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Hugo Bossart, Nik Gugger, Brigitte Gysin, Magdalena Küng, Dirk Meisel, Barbara Müller, Roman Rutz (rr), Marianne Streiff, Philippe Siraut, Lilian Studer
Herzlichen Dank an alle!

PAROLEN

Beschlossen vom Parteivorstand der EVP Schweiz am 25. August 2020 und von der Delegiertenversammlung vom 19. September 2020 in Basel:



VI «FÜR VERANTWORTUNGSVOLLE UNTERNEHMEN – ZUM SCHUTZ VON MENSCH UND UMWELT» (KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE)

JA



VI «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIAL-PRODUZENTEN» (KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE)

JA

O-TON



Claude Longchamp im Blog [zoon politicon](#) vom 29. September 2020 in einer Zwischenbilanz nach 7 Volksabstimmungen zur Übereinstimmung von Parteiparolen und Stimmenmehrheit:

«An zweiter Stelle steht die EVP. Die Partei ist frischer geworden, gewinnt bei kantonalen Wahlen und fasst mutige Parolen. Häufiger als gewohnt befindet sich auch sie an Abstimmungssonntagen in der Mehrheit.»



Mathias Küng, [Zofinger Tagblatt online](#) vom 21.10.2020

«Die EVP ist laut dieser Auswertung ein erstaunliches Phänomen im Kanton Aargau: Sie ist die einzige Partei, welche über die Jahrzehnte zwar konstant geringe Wähleranteile erzielte, die es aber immer noch gibt, und die derzeit mit Lilian Studer sogar eine eigene Aargauer Nationalrätin stellt.»

TERMINE 2020

14.11. Parteikonferenz

28.11. Delegiertenversammlung EVP Schweiz, Solothurn

29.11. Eidgenössische Volksabstimmung

KOMMENTAR



Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen!

Letztes Jahr feierte die Schweiz mit einem Staatsbesuch des indischen Präsidenten 70 Jahre Freundschaft mit Indien. Beide Länder verbindet jedoch weit mehr. Mehr als 350 Schweizer Unternehmen investieren in Indien über 6 Milliarden CHF, die Schweiz ist der weltweit elftgrösste Direktinvestor in Indien. Auch indische Unternehmen investieren in der Schweiz, beispielsweise in der Maschinen- und Bauindustrie. Ein EFTA-Freihandelsabkommen wäre also für beide Länder attraktiv. Vor allem, weil die indische Regierung in den kommenden Jahren vorwiegend in die Infrastruktur investieren wird, vor allem in das Eisenbahnsystem und das Stromnetz. Schweizer Qualität ist gefragt, wie laufende Ausschreibungen belegen.

Eine von der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Indien und der Schweiz-Indischen Handelskammer organisierte Veranstaltung zum Thema zeigte kürzlich das enorme Potenzial eines solchen Abkommens. Neben dem Bundesrat Ueli Mauer und der indischen Botschafterin Monika Mohta nahmen auch der Schweizer Botschafter für Indien sowie Covid-19 bedingt «nur» 120 hochkarätige Gäste aus der Wirtschaft und Politik teil.

Man ist sich einig: Die Schweiz kann zwar nicht mit der Grösse Indiens mithalten, wohl aber mit der Qualität. Gerade für exportierende KMU beider Seiten würde ein Freihandelsabkommen einen verbesserten Marktzugang ermöglichen.

NIK GUGGER*,
NATIONALRAT
nik.gugger@parl.ch

* Nik Gugger ist Präsident der Parlamentarischen Gruppe Schweiz-Indien

EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNG I: FORTSETZUNG VON S.1

legation im Nationalrat hatte sich bis zuletzt für eine griffigere Alternative mit Haftung und für die Initiative selbst eingesetzt. Der Parteivorstand der EVP Schweiz beschloss im August einstimmig die Ja-Parole. Bundesrat, Konzernlobby und Wirtschaftsverbände sehen sich dem Vorwurf ausgesetzt, mit krassen Unwahrheiten gegen die Initiative anzukämpfen. Fakt ist, dass die Be-

weislast für Verstösse weiterhin bei den Klägern liegt. Auch ist es schlicht unwahr, dass hunderttausende KMUs betroffen wären, da der Initiativtext diese weitestgehend explizit ausschliesst. Es wird auch kein einziges anständiges Unternehmen unter Generalverdacht gestellt. Viele Firmen sind sogar für die Initiative, weil endlich gleichlange Spiesse für alle geschaffen werden. Letzt-

lich geht es im Kern um die Frage, die ein Kommentator stellte: «Wie viele Kinder dürfen versklavt, vergiftet oder misshandelt werden, wie viele Flüsse abgetötet, wie viele Wälder vernichtet werden, um den Unternehmern hier in der Schweiz Gewinne zu ermöglichen?» All jene, deren Gewissen diese Frage klar beantwortet, mobilisieren für ein Ja zur Konzern-Initiative. Es braucht mindestens 1,5 Millionen Ja-Stimmen. Denn es gilt, nicht nur die Mehrheit der Stimmen zu gewinnen, sondern auch das Ständemehr.

WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Selbstverständlich:** Die Initiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Unternehmen müssen Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland einhalten. Und: Wer Schaden anrichtet, muss dafür geradestehen und haftbar gemacht werden.
- **Kein Widerspruch:** Erfolgreiches Wirtschaften und der Respekt für Mensch und Umwelt sind kein Widerspruch.
- **Kein Konkurrenzvorteil:** Unternehmen sollen durch Verantwortungslosigkeit künftig keinen Wettbewerbsvorteil mehr haben.
- **Nur wenige Konzerne betroffen:** Die allermeisten Unternehmen verpflichten sich bereits freiwillig, die Standards einzuhalten. Lediglich 1 Prozent müssten ihr Verhalten ändern.
- **KMU ausgenommen:** Der Initiativtext schliesst KMU explizit aus, es sei denn sie sind im Hochrisikosektor tätig, wie z.B. der Goldhandel.
- **Beweislast bleibt beim Kläger:** Beweislast und Kostenrisiko eines Prozesses bleiben weiterhin bei der Klägerin.

WAS KANN ICH TUN?

- Fahne, Banner, Flyer, Plakate oder Velo-Dreieck gratis bestellen: konzern-initiative.ch/kampagnenmaterial/
- Postkarten schreiben und verschicken: www.konzern-initiative.ch/postkarten/
- Im Lokalkomitee mithelfen
- Flyer verteilen
- Schlussmobilisation über E-Mails und Whatsapp
- Spenden: konzern-initiative.ch/spende

DELEGIERTENVERSAMMLUNG EVP SCHWEIZ

STIMMFREIGABE ZUR VERHÜLLUNG

An der 1. ausserordentlichen Delegiertenversammlung der EVP Schweiz 2020 in Basel haben die Delegierten nach intensiver Diskussion und sehr knappem Parolen-Entscheid auf Antrag grossmehrheitlich Stimmfreigabe zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» beschlossen. Im Zentrum der Diskussion standen dabei einerseits Aspekte der Gleichberechtigung, der Werte und der gesellschaftlichen Kultur sowie andererseits die fehlende Notwendigkeit einer Verfassungsregelung für ein kaum vorhandenes Problem.

Zur Volksinitiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten fassten die Delegierten einstimmig bei 5 Enthaltungen die Ja-Parole. Die EVP hatte sich im Nationalrat

vergeblich für die Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags eingesetzt. In ihrer Präsidialansprache rief Parteipräsidentin Marianne Streiff dazu auf, in Krisenzeiten Verantwortung zu übernehmen. Während die Mitglieder des Parlaments mit dem Covid-19-Gesetz die Verantwortung dafür wahrnehmen, dass die Pandemie und ihre Folgen

bekämpft und gemildert werden, attackiert eine sich formierende Bewegung die Verantwortungsträger massiv und ruft völlig verantwortungslos zum Referendum dagegen auf – wegen eines angeblichen Impfwangs, der notabene mit keinem Wort in der Gesetzesvorlage zu finden ist.



«IST DENN EIN AFRIKANISCHES KIND ODER EIN INDISCHER LANDARBEITER WENIGER WERT?»

Braucht die Schweiz eine Initiative, die Konzerne auch im Ausland in die Verantwortung nimmt oder sollen Menschenrechte und Umweltschutz an Schweizer Grenzen Halt machen? Reicht der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments mit Sorgfalts- und Berichterstattungspflicht nicht aus? Weshalb engagieren sich sogar KMU für die Konzern-Initiative, obwohl sie doch angeblich davon massiv betroffen wären? Und dürfen die Kirchen zu Abstimmungsfragen predigen oder sollten sie sich politisch zurückhalten? Im Interview antworten EVP-Politikerinnen und Politiker aus Sicht der Politik, der Wirtschaft und der Religion.



Marianne Streiff,
Nationalrätin und Parteipräsidentin EVP Schweiz

Marianne, in drei Sätzen: Was will die Konzernverantwortungsinitiative?

Die Konzernverantwortungsinitiative fordert eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Wenn Konzerne und ihre Tochterfirmen im Ausland Flüsse vergiften, ganze Landstriche zerstören oder sich mit Kinderarbeit bereichern, sollen sie für die Schäden haften, die sie anrichten. Wer einen Schaden anrichtet, soll dafür geradestehen. Menschenrechte und Umweltstandards dürfen nicht einfach an der Schweizer Grenze haltmachen.

Weshalb braucht es überhaupt eine solche Initiative?

Die meisten Unternehmen halten sich freiwillig an die Regeln. Leider gibt es aber Konzerne, die immer wieder in Menschenrechtsverletzungen oder Umweltskandalen verwickelt sind. Sie nutzen die schwachen Rechtssysteme in anderen Ländern bewusst aus, um kurzfristig Profite auf Kosten der Menschen und der Umwelt vor Ort zu machen. Für diese schwarzen Schafe reicht Freiwilligkeit nicht. Für sie brauchen wir endlich verbindliche und klare gesetzliche Regeln. Alle, die sauber wirtschaften, haben auch nichts zu befürchten.

Warum liegt dir die Initiative persönlich so am Herzen?

Es ist für mich schlicht nicht nachvollziehbar, dass eine Zementfabrik in der Schweiz sauber wirtschaften kann, während sie zeitgleich in Nigeria ein ganzes Dorf im Zementstaub versinken lässt. Oder ein Konzern hier in der Schweiz verbotene extrem giftige Pestizide vom Markt nimmt, während er mit demselben Pflanzenschutzmittel im indischen Bundesstaat Maharashtra hunderte Landarbeiter auf den Baumwollfeldern vergiftet und zu Tode kommen lässt. Ist denn ein afrikanisches Kind oder ein indischer Landarbeiter weniger wert? Das tritt alles mit Füßen, wofür die EVP und ich mit Leidenschaft und Herzblut einstehen: die Gerechtigkeit, die Würde der Menschen, die nachhaltige Bewahrung der Schöpfung.

Bei einem Volks-Nein würde ein indirekter Gegenvorschlag des Parlaments in Kraft treten. Dieser verpflichtet Firmen zur Sorgfaltspflicht und dazu regelmässig Berichte vorzulegen. Reicht das denn nicht?

Leider nicht. Dieser vollkommen wirkungslose Alibi-Gegenvorschlag ist ein reines Feigenblatt. Deshalb konnten wir ihm im Nationalrat auch nicht zustimmen. Die Unternehmen müssen dann lediglich regelmässig eine Broschüre vorlegen. Sie und ihre Tochtergesellschaften haften weiterhin nicht für die Schäden, die sie anrichten. Das heisst, wenn dieser Gegenvorschlag in Kraft tritt, können Konzerne weiterhin ungestört im Ausland Menschenrechte mit Füßen treten und die Umwelt zerstören.

«Das tritt alles mit Füßen, wofür die EVP und ich mit Leidenschaft und Herzblut einstehen: die Gerechtigkeit, die Würde der Menschen, die nachhaltige Bewahrung der Schöpfung.»

Wie schätzt du die Chancen dafür ein, dass sie am 29. November angenommen wird?

Die Chancen für ein Ja sind durchaus intakt. Das Anliegen der Initiative geniesst grosse Zustimmung in der Bevölkerung. Auch in der Politik bis tief ins bürgerliche Lager hinein sowie in der Wirtschaft findet sie Un-

terstützung. Das ist auch der Grund, weshalb Teile der Wirtschaft und ihre Verbände Millionenbeträge in den gegnerischen Abstimmungskampf investieren und nichts unversucht lassen, um die Initiative mit bewussten Falschinformationen in Misskredit zu bringen.

Und genau deshalb braucht es jeden Einzelnen von uns in diesem Abstimmungskampf: Nur wenn wir uns alle mit vollen Kräften in unserem persönlichen Umfeld, in unseren Vereinen und Kirchgemeinden,

in den lokalen Komitees, auf Social Media und in den Regionalmedien für das Anliegen der Initiative einsetzen, haben wir eine Chance. Denn wir dürfen eines nicht vergessen: Wir müssen nicht nur die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für uns gewinnen, wir brauchen auch das Ständemehr.



Fotos: zVg

Wenn Konzerne Menschen mit Zementstaub oder hochgiftigen Pestiziden schädigen, sollen sie haften.

IM FOKUS: IST DIE KONZERN-INITIATIVE NICHTS ALS EINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT?



Tabea Bossart-Jenni,
Mitglied der Geschäftsleitung
Jenni Energietechnik

Tabea, du bist Teil der Geschäftsleitung eures Familienunternehmens Jenni Energietechnik, einem KMU mit rund 70 Angestellten. Ihr engagiert euch bewusst für die Konzernverantwortungsinitiative. Weshalb?

Der Name «Konzernverantwortungsinitiative» spricht eigentlich schon für sich. Die Initiative verlangt, dass Konzerne für ihr Handeln die Verantwortung tragen. Aus unserer Optik fordert sie eine Selbstverständlichkeit! Jeder Unternehmer eines KMU ist sich im Klaren, dass er

«Jedes KMU ist sich im Klaren, dass es für Schäden, die es verursacht geradestehen muss. Weshalb sollten die Spielregeln für grosse, finanzkräftige Konzerne anders sein? Kein einziger Grund rechtfertigt das.»

für Schäden, die er verursacht geradestehen muss. Er setzt alles daran, solche Schäden zu vermeiden. Weshalb sollten die Spielregeln für grosse, finanzkräftige Konzerne anders sein? Für uns gibt es keinen Grund, der dies rechtfertigen würde. Es geht um Verletzungen der Menschenrechte und um die Zerstörung von Lebensgrundlagen. In unserem Unternehmen setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten im Bereich der erneuerbaren Energien für den Erhalt der Schöpfung ein. Alleine sind wir nur ein kleines Puzzle-Teilchen. Die Konzernverantwortungsinitiative ist ein weiteres Teil des Gesamtbildes.

Die Gegner der Initiative warnen vor den drastischen Folgen gerade für KMU. Künftig müssten alle

Unternehmen die volle Haftungspflicht und die volle Verantwortung für Zulieferer in der ganzen Kette tragen?

Das ist schlicht falsch. Im Initiativtext steht ausdrücklich, dass KMU ausgenommen sind, es sei denn sie sind in einem Hochrisikosektor tätig, zum Beispiel im Goldhandel. Auch gilt die Haftung nicht für die ganze Lieferkette, sondern lediglich für Tochterfirmen und nur für Unternehmen, bei denen die Konzernzentrale bestimmen kann, wie vor Ort gewirtschaftet wird. Für die grosse Mehrheit der Unternehmen ändert sich somit nichts. Sogar CVP-Präsident Gerhard Pfister räumt ein, dass 99 Prozent der Unternehmen bereits heute ihre Verantwortung wahrnehmen. Es geht also nur um die 1 Prozent der Unternehmen, die dies freiwillig nicht tun.

Der Bundesrat argumentiert, bei einer Annahme der Initiative würden Schweizer Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, weil sie strengeren Regeln unterworfen würden als die Konkurrenz?

Ist es denn richtig, dass sich einzelne Konzerne Wettbewerbsvorteile durch pure Verantwortungslosigkeit verschaffen? Ausserdem kennen andere Länder wie Kanada, Australien, England oder Frankreich bereits ähnliche Regeln. Ein Ja zur Initiative stärkt letztlich die Reputation der Schweizer Wirtschaft und damit auch ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Marc, gerade die Kirchen und Gemeinden engagieren sich stark für die Konzernverantwortungsinitiative. Gibt es theologische Gründe für ein Ja?

Das Engagement der Kirchen kommt in der Tat nicht von ungefähr. Christliche Werke wie StopArmut gehören schliesslich zu jenen Organisationen, die den Initiativtext mitentwickelt und das Anliegen vor acht Jahren lanciert haben.

Es geht bei der Initiative darum, dass auch Schweizer Konzerne die Würde aller Menschen respektieren und Verantwortung für Gerechtigkeit sowie die Bewahrung der Schöpfung tragen. Es ist gerade für Christen eine selbstverständliche

«Dort, wo das Recht der Schwächsten mit Füssen getreten wird, muss die Kirche aus meiner Sicht politisch werden, sonst verrät sie die Frohe Botschaft, die sie verkündet.»

Forderung. Wir sehen in jedem Mitmenschen ein Ebenbild Gottes und die Natur als Schöpfung. Deshalb achten wir darauf, dass wir überall auf der Welt sorgfältig wirtschaften.

Innerkirchlich heftig umstritten ist die Frage: Dürfen oder sollen sich Kirchen und Gemeinden in Abstimmungskämpfe einmischen und ihren Mitgliedern predigen, was sie abstimmen sollen?

So heftig umstritten ist das gar nicht, auch wenn Kirchen richtigerweise grundsätzlich zurückhaltend sind, wenn es um Abstimmungsempfehlungen geht. Aber es ist ja offensichtlich, dass das Evangelium auch eine soziale Dimension hat. Und die Diakonie hört in einer globalisierten Welt nicht im eigenen Dorf auf. Dort, wo das Recht der Schwächsten mit Füssen getreten wird, muss die Kirche aus meiner



Marc Jost,
SEA, Präsident StopArmut/
Interaction

Sicht politisch werden, sonst verrät sie die Frohe Botschaft, die sie verkündet.

Kommt die Initiative nicht sehr radikal daher? Bringt sie zum Beispiel einen christlichen Unternehmer nicht in einen Zwiespalt zwischen Ethik einerseits und drohendem Schaden für die Wirtschaft andererseits?

Die Initiative ist keineswegs radikal, sondern schlicht konsequent. Was Grossbritannien, die Niederlande, Frankreich und Kanada bereits kennen und bewährt anwenden, soll nun auch für unsere grossen internationalen Unternehmen in Risikobranchen gelten. Für alle in der Schweiz tätigen KMU gilt es bereits heute. Weshalb sollen international agierende Konzerne einen Wettbewerbsvorteil haben?

INTERVIEW: DIRK MEISEL,
KOMMUNIKATION EVP CH
dirk.meisel@evppev.ch

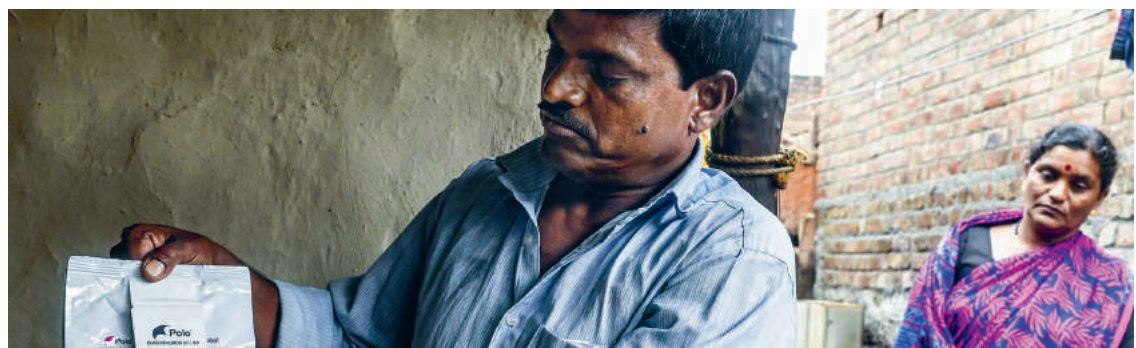


Foto: Atul Loke/Panus Pictures

LEISTEN WIR EINEN KONSEQUENTEN BEITRAG ZU EINER FRIEDLICHEREN WELT?

Am 29. November steht auch die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» zur Abstimmung. Sie will, dass Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge wie Pensionskassen, AHV oder IV künftig keine Investitionen mehr in internationale Kriegsmaterialproduzenten tätigen dürfen. Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz hat dazu am 19. September einstimmig bei 5 Enthaltungen die Ja-Parole beschlossen. EVP-Nationalrätin Lilian Studer teilt ihre Überlegungen zur Initiative mit uns.

Wollen wir eine glaubwürdige Sicherheits- und Aussenpolitik? Was verstehen wir unter Neutralität der Schweiz? Leistet man einen konsequenten Beitrag zu einer friedlicheren Welt? Fragen, die wir uns angesichts dieser Initiative stellen müssen. Die Schweiz leistet global viel Gutes und Wichtiges, insbesondere in der Friedensförderung. Dafür bin ich dankbar. Unsere Glaubwürdigkeit steht aber auf dem Spiel, wenn wir nicht konsequent überall dort unseren Beitrag leisten, wo wir die Möglichkeit dazu haben.

So ist zum Beispiel der Schweizer Finanzplatz einer der einflussreichsten der Welt. Allein die Vermögensverwaltungsgeschäfte in der Schweiz machen einen Marktanteil von 25% der weltweiten grenzüberschreitenden Geschäfte in diesem Bereich aus. Die Schweiz ist damit die wichtigste Akteurin der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Im Umgang mit unserem Finanzplatz tragen wir somit weltweit eine grosse Verantwortung. Insbesondere indem wir das Geld ethisch korrekt investieren.

Um was geht es bei der Abstimmungsvorlage «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»? Sie verlangt, dass der Schweizerischen Nationalbank sowie Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen

Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt wird. Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Denn viele Anleger schliessen die Rüstungsindustrie nicht explizit aus ihren Vermögensverwaltungsgeschäften aus. Investitionen sind dann verständlich, wenn sie für die eigene Landesverteidigung getätigt werden. Doch leider wird auch in Rüstungsfirmen investiert, die mit ihren Kriegsmaterialien in gewalttätige Konflikte involviert sind. So zum Beispiel der Konzern Lockheed Martin, das grösste Rüstungsunternehmen der Welt. Die Vereinigten Arabischen Emirate bombardierten mit von Lockheed Martin produzierten F-16-Kampfbombern Syrien und im Jemen-Krieg. Viele Schweizer Grossbanken, Pensionskassen und die Schweizerische Nationalbank schliessen Lockheed Martin nicht aus ihrem Anlageportfolio aus. Die UBS hat 2017 mindestens 532 Millionen US-Dollar in den Konzern investiert. Northrop Grumman ist ein weiteres US-amerikanisches Unternehmen. Die Firma erwirtschaftet fast den gesamten Umsatz mit der Produktion von Kriegsmaterialgütern. Die Firma ist aber auch an der Atomwaffenproduktion beteiligt.



Keine Finanzierung von Rüstungsgütern für eine friedlichere Welt

Die Crédit Suisse legte letztes Jahr über 100 Millionen Franken in Northrop Grumman an. Durch die Initiative sollen Banken, Pensionskassen und Vermögensverwaltern nun eine Leitplanke gegeben werden, damit nicht mehr in

solche Geschäfte investiert wird. Ich finde das richtig. Denn ich will nicht, dass mit Geldern, die wir für unsere Rente anlegen, weiterhin die Atomwaffenindustrie unterstützt und daraus noch Profit geschlagen wird.

WAS SPRICHT DAFÜR?

- Fluchtursachen bekämpfen:** Die meisten Flüchtlinge fliehen vor Kriegen und ihren Folgen.
- Geschäft mit dem Tod:** Schweizer Finanzinstitute investieren jährlich Milliarden in internationale Rüstungsfirmen.
- Neutralität verletzt:** Geld aus der Schweiz heizt Konflikte an, die diese diplomatisch lösen will.

Anzeige

Solidarität mit Glaubensverfolgten!

Mahnwache Donnerstag 17. Dezember 2020 18.00–18.30 Uhr

tcsi-schweiz.ch



- **Baden** vor Cordulapassage
- **Basel** Claraplatz
- **Bern** Bahnhofplatz b. Heiliggeistkirche
- **Bischofszell** Grubplatz
- **Brugg** Neumarktplatz
- **Buchs SG** gegenüber Coop
- **Burgdorf** Alte Post
- **Chur** Bahnhofstrasse (vor dem Café Maron)
- **Frauenfeld** Sämannsbrunnen
- **Freiburg** Rue de Romont
- **Liestal** Rathausgasse
- **Luzern** Torbogen Bahnhof
- **Lyss** Beim Bahnhof
- **Romanshorn** vor Bodankomplex
- **St. Gallen** Marktgasse b. Brunnen
- **Thun** Rathausplatz
- **Wattwil** Bahnhof (vor Kiosk)
- **Wetzikon** ref. Kirchenplatz
- **Winterthur** Oberer Graben
- **Zürich** Paradeplatz
- Weitere Mahnwachen in der Romandie und im Tessin

HINTERFRAGT: DIE KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

BESSER IN NACHHALTIGE PRODUKTE INVESTIEREN

Die Kriegsgeschäfte-Initiative gibt zu Reden. Ist sie eine wirkungslose ideelle Schwärmerei, welche die Unabhängigkeit der Nationalbank sowie die Sozialwerke der Altersvorsorge gefährdet? Oder weist sie den Weg in eine nachhaltige, ethische Anlagepolitik, die zu den Werten der Schweiz passt. Im Gespräch mit einer der Initianten.



Magdalena Küng,
31, Vorstand GSoA, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Magdalena, weshalb braucht es diese Initiative?

Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative bietet sich uns eine einmalige Chance, die Werte der Schweiz in die internationale Finanzwelt einfließen zu lassen: Verantwortungsvoller Umgang mit Mensch und Umwelt, Solidarität sowie ein konsequentes Engagement für eine sichere, friedliche Welt. Die internationale Rüstungsindustrie ist ein gefährlicher Moloch, der durch das Wettrüsten konstant alimentiert wird. Die Schweiz kann mit dem Entschluss, keine Finanzierungen in die internationale Rüstungsindustrie mehr zu erlauben, deren absurde Selbstverständlichkeit durchbrechen. Das ist der entscheidende Punkt: Kriegsmaterial darf nicht als Produkt wie jedes andere behandelt, sondern muss in seiner gesamten zerstörerischen Auswirkung verstanden werden.

Kritiker halten ein weltweites Finanzierungsverbot für unrealistisch. Weder in der UNO noch in anderen internationalen Gremien oder Ländern sei dafür der Wille vorhanden. Ein Schweizer Alleingang hat jedoch wohl kaum Einfluss auf das weltweite Angebot an Rüstungsgütern. Bleibt eine Annahme der Initiative dann nicht völlig wirkungslos?

Abs. 4 der Initiative setzt genau bei dieser Herausforderung an. Bei Banken, die komplexe internationale Strukturen aufweisen, ist ein Finanzierungsverbot für Rüstungsfirmen nur dann 100% griffig, wenn in der Umsetzung der Initiative auch darauf geschaut wird, dass auf internationaler Ebene ein Finanzierungsverbot vorangetrieben wird. Der Bundesrat ist hier explizit aufgefordert, sich dafür einzusetzen. Ein

Trend in Richtung nachhaltige Anlagen ist aber auch auf internationaler Ebene zu beobachten. Die Kriegsgeschäfte-Initiative kommt also genau zur rechten Zeit.

Ein Finanzierungsverbot für Kriegsmaterial wäre ein Eingriff in die Unabhängigkeit der Nationalbank und ihre Investitionspolitik?

Die Nationalbank gibt sich heute schon Ausschlusskriterien. Namentlich investiert sie nicht in Unternehmen, die international geächtete Waffen produzieren, grundlegende Menschenrechte massiv verletzen oder systematisch gravierende Umweltschäden verursachen. Dennoch würde niemand an ihrer Unabhängigkeit zweifeln.

Die Gegner fürchten, dass die So-

zialwerke der beruflichen und staatlichen Vorsorge, die ja ohnehin schon herausgefordert sind, mit einer Annahme der Initiative noch mehr belastet würden. International gängige Anlagemöglichkeiten würden ihnen dadurch verwehrt.

Das stimmt nicht. Die Investitionen, die in ihrer heutigen Form nach der Annahme der Kriegsgeschäfte-Initiative nicht mehr getätigt werden, fallen ja nicht einfach weg. Vielmehr werden sie in andere, nachhaltige Produkte umgewandelt werden. Diese haben eine genau so gute, wenn nicht bessere, Performance. Zudem sind nachhaltige Anlageprodukte sicherer, da sie keine Firmen enthalten, die aus politischen Gründen in Verruf geraten und den Wert des Produktes sinken lassen könnten.



Kein Geld für Waffen forderte 2017 Louise Schneider bei der Lancierung der Initiative.

Foto: Judith Schmid

8. und 15. November 2020

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

MACHEN SIE MIT!



SONNTAG
DER VERFOLGTEN
KIRCHE

www.verfolgung.ch

Schweizerische
Evangelische
Allianz



Anzeige

MENSCHEN SIND KEINE WARE - FÜR EIN SEXKAUF-VERBOT NACH DEM NORDISCHEN MODELL

... **EVP-Nationalrätin und Parteipräsidentin Marianne Streiff hat in der letzten Session im Nationalrat eine Motion zur Einführung des Nordischen Modells eingereicht. Die Motion beauftragt den Bundesrat, den Kauf von Sex unter Strafe zu stellen. Damit würden die Freier, nicht jedoch die Prostituierten kriminalisiert. Gleichzeitig soll die Regierung ein flankierendes Massnahmenpaket vorlegen, dass unter anderem effektive Hilfsangebote zum Ausstieg aus der Prostitution beinhaltet.**

Es gibt kaum Prostitution ohne Zwang, sei es durch einen Zuhälter, einen Clan, einen Loverboy oder durch soziale Not. 80 bis 90 Prozent der Betroffenen würden sofort aus dem Sexgewerbe aussteigen, wenn sie könnten. Studien zeigen zudem übereinstimmend auf, dass Prostitution den Betroffenen schweren Schaden zufügt. Prostituierte sind oft suchtabhängig und erkranken signifikant häufiger seelisch, etwa an schweren post-traumatischen Störungen.

Die Verantwortung liegt dabei auch wesentlich bei den Freiern – sie bestimmen die Nachfrage und damit den Hauptfaktor, der Prostitution und Menschenhandel lukrativ macht. «Ein Sexkaufverbot bestraft die Freier und nicht die Prostituierten. Es wirkt eindämmend auf Prostitution und Menschenhandel, erschwert den Profiteuren das Geschäft und macht es weniger lukrativ», erläutert Marianne Streiff den Ansatz des Nordischen Modells. «Dabei ist es enorm

wichtig, dass die Einführung mit existenzunterstützenden Ausstiegshilfen für Prostituierte sowie Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung, der Freier und in den Herkunftsländern flankiert wird», betont Marianne Streiff.

Eine entscheidende Wirkung des Modells zeigen die Auswertungen in den nordischen Ländern: Die Einführung des Sexkaufverbots hat ein wichtiges Umdenken in der Gesellschaft angestoßen und bewirkt. Sowohl in Schweden als auch Norwegen steht die Bevölkerung heute der Prostitution kritisch gegenüber und unterstützt das Verbot. Die EVP ist überzeugt: Ein solches gesellschaftliches Umdenken braucht es auch in der Schweiz.

«Prostitution ist ein Akt bezahlter sexueller Gewalt. Sie verstösst gegen die Menschenwürde und gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Eine gleichgestellte Gesellschaft kann nicht akzeptieren, dass ein Mensch den Körper



Foto: pixabay.com

Die Nachfrage macht Prostitution und Menschenhandel lukrativ.

eines anderen für Geld kauft», ist Marianne Streiff überzeugt.

Neben Schweden und Norwegen haben inzwischen auch Island, Kanada, Frankreich, Nordirland und Israel ähnliche Gesetze erlassen. Die Schweiz dagegen hat weltweit eines der liberalsten Prostitutionsgesetze. Ein legalisiertes Sexgewerbe

bringt jedoch nicht den erhofften Schutz der betroffenen Frauen. Deutschland z.B. wurde nach der Legalisierung zur europäischen Drehscheibe für Frauenhandel und Sex-tourismus.

OFFENE NÄCHSTENLIEBE NICHT KRIMINALISIEREN

... **EVP-Nationalrätin Marianne Streiff hat in der Herbstsession zudem ein Postulat eingereicht, das den Bundesrat auffordert zu prüfen, ob eine Anpassung des Ausländer- und Integrationsgesetzes notwendig ist. Damit will sie erreichen, dass in Zukunft Menschen nicht mehr bestraft werden, wenn sie abgelehnten Asylbewerbern transparent und uneigennützig Unterkunft bieten wollen.**

Zurzeit verbietet es das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG), einem abgewiesenen Asylbewerber «den rechtswidrigen Aufenthalt in der Schweiz zu erleichtern». Dabei sieht das Gesetz keinerlei Ausnahmen vor für Menschen, die abgelehnte Asylbewerber uneigennützig und transparent unterbringen, wenn eine solche Lösung beispielsweise von den kantonalen Behörden gutgeheissen wird. Dies hat in der Vergangenheit wiederholt zu Rechtsunsicherheit und zum Beispiel im Fall von Pfarrer Norbert Valley zu fragwürdigen Verurteilun-

gen geführt, die später wieder aufgehoben werden mussten.

Marianne Streiff verweist auf die differenzierte Gesetzesauslegung des Kantons Bern. Hier dürfen Privatpersonen unter klar definierten Bedingungen abgelehnte Flüchtlinge in ihrer eigenen Wohnung aufnehmen. Dies entlaste die zuständigen Behörden nicht zuletzt auch finanziell und ermöglicht den betroffenen Personen eine bessere Unterbringung, solange sie sich noch auf Schweizer Territorium befinden.



Foto: zVg

Pfarrer Norbert Valley, PEV, nach seinem Freispruch vor Gericht.

#BANPORN4KIDS#: UNTER-16-JÄHRIGE BESSER VOR PORNOGRAFIE IM INTERNET SCHÜTZEN

Bereits in der Sommersession hatte EVP-Nationalrat Nik Gugger eine Motion im Nationalrat eingereicht, die auch medial Wellen schlug und bei einer politischen Allianz von rechts bis links Unterstützung erfährt: Unter 16-jährige Kinder und Jugendliche sollen im Netz besser vor Pornografie geschützt werden.

Verfügbarkeit und Verbreitung pornografischer Inhalte hat im Internet während der Coronakrise um ein Vielfaches zugenommen. So bieten einige der grössten Anbieter mittlerweile sogar kostenlose Premiumdienste an. Nach dem Gesetz macht sich jedoch strafbar, wer Personen unter 16-Jahren Pornografie zugänglich macht.

Die Anbieter umgehen das geltende Recht mit einer Warnmeldung, die lediglich dazu auffordert, das Mindestalter zu bestätigen. Kinder und Jugendliche können die Warnung einfach wegklicken und sind drin – kein hinreichender Schutz der Kids vor Pornografie, sondern im Gegenteil faktisch ein glatter Verstoß gegen das gesetzliche Verbot.

Statt Jugendschutz fluteten die Anbieter das Netz mit kostenlosen Porno-Inhalten, die vorher kostenpflichtig waren. Ein solcher Schutz sei technisch halt schwierig umzusetzen, zu aufwändig und unverhältnismässig - ausserdem leicht zu umgehen.

Das lässt der Motionär nicht gelten: «Eine Altersprüfung – sei es via Krankenkassennummer, Kreditkarte oder ID – ist problemlos möglich. Das müssen die Betreiber dieser Seite einführen und der Bund muss dies kontrollieren», fordert Nik Gugger. Es gäbe inzwischen zahlreiche technische Möglichkeiten, das Alter der Nutzer zu bestimmen und den Jugendschutz im Internet wirksamer durchzusetzen.

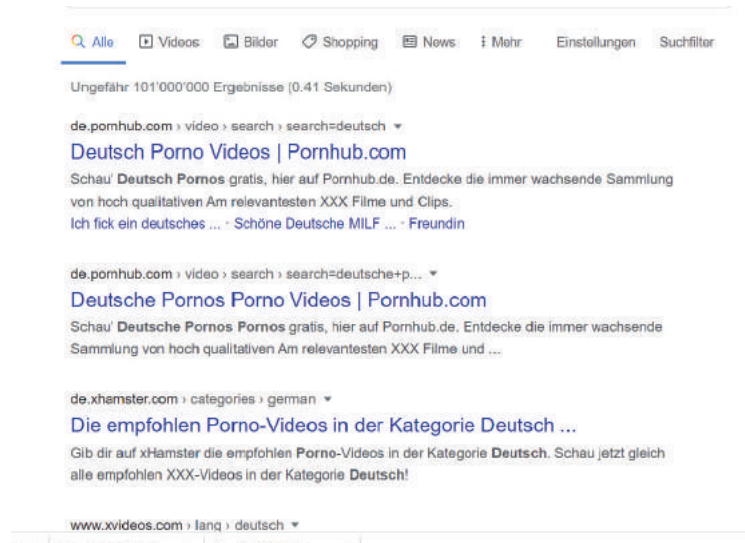


Foto: screenshot Google

Gerade in Krisenzeiten sind Kinder und Jugendliche den Gefahren im Internet verstärkt ausgesetzt.

GEHT ZUKUNFT VIELLEICHT

anders?

„ES BRAUCHT DIESES GEMEINSAME SUCHEN UND RINGEN UM NEUE TRAGFÄHIGE LEBENSKONZEPTE, DIE EINEN GUTEN WEG WEISEN.“

Weg von zu viel Konsum, Ego-Mentalität, Ausbeutung der Schöpfung und Einsamkeit in der Gesellschaft und hin zu mehr Gemeinschaftssinn, Barmherzigkeit, Nachhaltigkeit und tiefer Spiritualität.“

Anja Schäfer und Melanie Carstens
andersLEBEN-Redaktorinnen



„AUF EINE SOLCHE ZEITSCHRIFT HABE ICH LANGE GEWARTET! HIER GEHT ES UM DAS GUTE LEBEN, UM SCHÖNHEIT, VERANTWORTUNG UND EIN BEHERZTES JA ZU GOTTES SCHÖPFUNG.“

Wir brauchen diese Impulse zu einer ganzheitlichen und geerdeten Lebensweise dringender denn je.“

Thomas Härry
Theologe und Autor



NEU!
Ab Dezember 2020

Wir merken, Corona und Klimawandel haben etwas verändert. In unseren Köpfen und Herzen. Viele spüren in diesem Jahr, es muss und kann noch anders gehen. Nur wie?

Wir sehnen uns nach einer Zukunft, in der wir nachhaltiger, gemeinschaftlicher und im christlichen Glauben verwurzelt leben. Wir wollen uns den Herausforderungen unserer Zeit stellen und andersLEBEN.

MACHEN SIE SICH MIT AUF DEN WEG?

Jetzt das andersLEBEN-Magazin gratis testen oder verschenken:

www.andersLEBEN.ch | Fon: 043 288 80 10

Anzeige



ALLE SITZE GEHALTEN, STIMMENANTEIL ERHÖHT

Am 18. Oktober 2020 warteten knapp 50 Mitglieder der EVP Aargau im TDS Aarau gespannt auf die Resultate der Grossratswahlen. Das Warten wurde mit der Prämierung verschiedener persönlicher Wahlvideos verkürzt. Mit grosser Freude nahmen die Anwesenden das Wahlresultat entgegen: Alle sechs EVP-Grossräte wurden bestätigt. Die EVP Aargau ging mit 116 Kandidierenden in den Wahlkampf - so vielen wie noch nie. Mit einer Zunahme des Wähleranteils um 0.15% auf 4.2% zählt die EVP zu den Gewinnern der Grossratswahlen 2020. Roland Frauchiger, Co-Präsident, betonte speziell, dass die EVP die einzige Partei sei, die in den letzten beiden Grossratswahlen den Wähleranteil jeweils steigern konnte. Die Ausgangslage im Bezirk Brugg war schwierig, da die Anzahl Sitze zugunsten des Bezirks Lenzburg von 11 auf 10 reduziert wurde. Den-

noch konnte Roland Frauchiger seinen Sitz verteidigen. In den vergangenen vier Jahren bildete die EVP eine Fraktionsgemeinschaft mit der BDP. Diese gab im Frühling 2020 bekannt, nicht mehr zu den Grossratswahlen anzutreten. Zwei ihrer Grossräte wechselten bereits damals zur CVP. Die anderen beiden BDP-Grossräte beendeten ihre Mandate per Ende der Amtsperiode. Die EVP Aargau ist glücklich darüber, auch nach dem Ausscheiden der BDP, eine (eigene) Fraktion stellen zu können. Die Co-Präsidentin, Therese Dietiker, strich besonders hervor, dass auch Kandidierende, die nicht gewählt wurden, hervorragende Resultate erzielten. Es zahlte sich aus, dass die EVP in allen 11 Bezirken eine weitgehend gefüllte Liste präsentieren konnte. Die EVP Aargau dankt allen Wählerinnen und Wählern sowie den Kan-



Foto: zVg

v.l.n.r. Dr. Roland Frauchiger, Urs Plüss, Therese Dietiker, Lutz Fischer-Lamprecht, Uriel Seibert (fehlend: Christian Minder)

didierenden herzlich für ihre Unterstützung.

BARBARA MÜLLER
GESCHÄFTSFÜHRERIN EVP AG
barbara.mueller@evp-ag.ch



UNDEMOKRATISCHE HÜRDE GEFALLEN: 2 SITZE MEHR!

Die EVP Basel-Stadt freut sich, dass sie die verbesserte Ausgangslage des neuen Wahlgesetzes ohne Wahlhürde nutzen und drei Sitze im Grossen Rat erobern konnte. 2012 und 2016 galt eine 4-Prozent-Hürde in jedem Wahlkreis. Da diese nur im Wahlkreis Riehen genommen werden konnte, vertrat während 8 Jahren zuerst Annemarie Pfeifer, danach Thomas Widmer allein die EVP im Kantonsparlament. Auf die Wahlen dieses Jahres hingalt ein neues Wahlgesetz ohne Hürden. Entsprechend ambitioniert war das Wahlziel: 4 Sitze! Dieses haben wir fast erreicht. Ab Februar 2021 wird die EVP Basel-Stadt durch Thomas Widmer (Wahlkreis Riehen, bisher), Christoph Hochuli (Wahlkreis Grossbasel Ost) und Brigitte Gysin (Wahlkreis Grossbasel West) im Grossen Rat vertreten. Unterstützend kam die Kandidatur von Christine Kaufmann, EVP-Gemeinderätin in Riehen, für den Regierungsrat hinzu. Mit über 11'000

Stimmen erreichte sie ein erfreulich gutes Resultat. Mehr Gewicht als in früheren Jahren hatte die persönliche Wahlwerbung. In diesem Bereich wurden wir stark vom Generalsekretariat der EVP Schweiz unterstützt. Ebenfalls spannend war es,

dass wir für dieses als «Testpiloten» in Sachen gezielter Werbung auf Social Media dienen durften. Rückmeldungen von Leuten, die v.a. die Videos auf Youtube gesehen haben, zeigen, dass diese Werbung tatsächlich bei unserem Zielpublikum ange-

kommen ist.

BRIGITTE GYSIN
PRÄSIDENTIN EVP BASEL-STADT
brigitte.gysin@evp-bs.ch



Foto: Markus Meister

Strahlende Sieger v.l.n.r: Christoph Hochuli, Brigitte Gysin, Thomas Widmer (bisher)



GOTT, TAKTIK, PUKELSHEIMER

Mit Taktik, Gott und doppeltem Pukelsheim zum Wahlsieg! Unter diesem Titel beleuchteten die Schaffhauser Nachrichten den zusätzlichen Sitzgewinn der EVP Schaffhausen bei den Kantonsratswahlen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Nur dank sehr grossem Einsatz, gelang es uns erstmals in unserer Geschichte überhaupt, in allen 6 Wahlkreisen eine Wahlliste einzureichen. Dies notabene mit einer neuen Höchstzahl von 41 Kandidierenden. Wir verzichteten auf Inserate und

APG, verdoppelten dafür unsere wilde Plakatierung, schalteten Banner und Videoclips auf Social Media - kurz: Wir gaben werbetechnisch Vollgas und betraten Neuland. In Wahrheit gehörte der Sieg all denen, die in all den Jahren unermüdlich in irgendeiner Weise die Vision eines 2. Kantonsratssitzes mitgetragen und dabei auf Gott vertraut haben.

HUGO BOSSHART
PRÄSIDENT EVP SCHAFFHAUSEN
hugobosshart@bluewin.ch



Foto: zVg

Immer an die Vision des 2. Kantonsratssitzes geglaubt. Jetzt ist er da!



Aktion Weihnachtspäckli

Machen Sie mit! Auf weihnachtspackli.ch finden Sie rund 500 Sammelstellen in der ganzen Schweiz, wo Sie Ihre Päckli abgeben können.

Päckli für Erwachsene

1 kg Mehl, 1 kg Reis, 1 kg Zucker, 1 kg Teigwaren, Schokolade, Biskuits, Kaffee (gemahlen od. instant), Tee, Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch verklebt), Schreibpapier, Kugelschreiber. Evtl. Ansichtskarten, Kerzen, Streichhölzer, Schnur, Socken, Mütze, Handschuhe, Schal

Päckli für Kinder

Schokolade, Biskuits, Süssigkeiten (Bonbons, Gummibärchen etc.), Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch verklebt) oder -blöcke, Kugelschreiber, Bleistift, Gummi, Mal- oder Filzstifte, 2-3 Spielzeuge wie Puzzle, Ball, Seifenblasen, Stofftier, Spielauto etc. Evtl. Socken, Mütze, Handschuhe, Schal

Bitte packen Sie alle aufgelisteten Produkte in die Päckli! Nur so kommen die Päckli ohne Probleme durch den Zoll und können einfach und gerecht verteilt werden.

PC 30-222249-0 | IBAN CH74 0900 0000 3022 2249 0

weihnachtspackli.ch



PEV SUISSE ROMANDE

RÜCKBLICK AUF EIN JAHR WIE KEIN ANDERES

Ein Jahr wie kein anderes! Es begann reibungslos mit den Kommunalwahlen in Genf im März und einem EVP-Kandidaten auf der grünliberalen Liste. Und dann: Das ganze Land stand plötzlich – Covid19 geschuldet – für sechs Monate still. Sogar die einmal jährlich in der Westschweiz stattfindende Delegiertenversammlung der EVP Schweiz (geplant in Yverdon für den 19. Juni) musste ins Netz verlegt werden – dafür aber mit Simultanübersetzung vom Deutschen ins Französische. Diese wurde von den französischsprachigen Mitgliedern sehr geschätzt, die nun mehr Interesse daran haben, an einer DV teilzunehmen. Dann der Neustart am 27. September mit den Wahlen zum Stadtrat von Biel, wo die EVP nun auch durch eine französischsprachige Frau, Kathleen Liechti, vertreten sein wird. Am 3. Oktober schliesslich war es Zeit für unser Jahrestreffen in der Romandie, ein Moment, der immer sehr geschätzt und mit Leidenschaft

bis spät in den Abend hinein besucht wird. 17 Mitglieder kamen nach Ouchy, um eine Bilanz der Situation der EVP in der Schweiz und in der Romandie zu ziehen und die Verbesserung der internen Kommunikation sowie gegenüber den Medien zu diskutieren. Im Fokus des Themennachmittags stand eine spannende Präsentation von Dr. Steve Bobillier zu den Themen Homosexualität, Ehe für alle, Fortpflanzungsmedizin und Leihmutterchaft. Ein abwechslungsreicher und unterhaltsamer Tag. Am 18. Oktober wählte der Jura Parlament und Regierung: Etwas Enttäuschung herrschte bei der Kantonalpartei über den Rückschlag im Vergleich zu den eidgenössischen Wahlen 2019. Aber 1.2 Prozent in diesem Jahr ist ein zwar unzureichendes, aber immer noch ehrenwertes Ergebnis angesichts der besonderen Situation, einem leider unzuverlässigen Partner und zu wenig Zeit für die Vorbereitungen.



Foto: zVg

Geschätzt und zelebriert: das Jahrestreffen der PEV Suisse Romande

2021 stehen Gemeinde- und Kantonswahlen in Freiburg sowie Kommunalwahlen im Kanton Waadt an, 2022 die Kantonswahlen in der Waadt und 2023 die nationalen Wahlen. Also keine Zeit zu verlieren, um die verlorene Zeit aufzuholen.

PHILIPPE SIRAUT
PROJEKTLIEFER ROMANDE
philippe.siraut@evppev.ch



NACH 8 WAHLEN: EVP GEHÖRT ZU DEN SIEGERN

Genau vor einem Jahr fanden die nationalen Wahlen statt. Mit dem dritten Sitz gehörte auch die EVP zu den Wahlsiegerinnen. Als Formbarometer gilt in den Zwischenwahljahren jeweils die Statistik der gewonnenen Kantonsratsmandate und auch hier zeigt sich die EVP neben Grünen und glp als grosse Siegerin. Mit +6 Sitzen steigert die EVP ihre Vertretung in den Kantonen massiv.

Die vielzitierte grüne Welle bringt für viele etablierte Parteien Verluste bei den Kantonsratsmandaten mit sich. Seit den Wahlen 2019 wurde bereits in acht Kantonen ein neues Parlament gewählt und dabei zeigt sich immer wieder der gleiche Trend: SVP, FDP, SP, BDP und z.T. auch CVP verlieren, Grüne und glp aber auch die EVP gewinnen. Überraschen mag das nicht, denn der Schutz und Erhalt der Schöpfung sowie eine nachhaltige Energiepolitik gehören seit jeher zu den Kernanliegen der EVP.

Die EVP-Gewinne jedoch einzig der grünen Welle zuzuschreiben, wäre

sicher falsch. Vielmehr sind sie ein Produkt einer klaren Strategie und eines enormen Einsatzes, etwas Porzerglück und auch die Folge einer Wahlrechtsänderung.

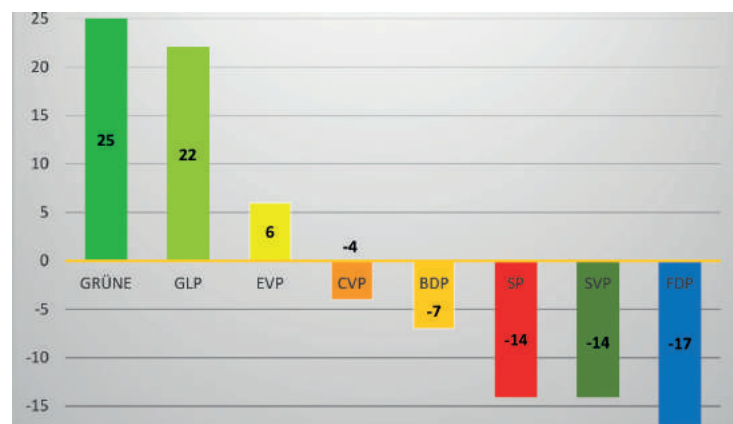
Im Kanton St.Gallen konnten dank einer tiefen Stimmbeteiligung die zwei 2016 verlorenen Mandate, im Thurgau nach aktivem Wahlkampf und mit gut vernetzten Kandidierenden ein vor acht Jahren verlorenes Mandat zurückerobert werden. In Schaffhausen gelang dank cleverer Listengestaltung und fairem Wahlsystem (Pukelsheim) sowie einer Portion Gottvertrauen ein Sitzgewinn im Klettgau. Wie knapp es bisweilen werden kann, zeigte die EVP Schaffhausen exemplarisch auf: Mit nur einer Liste weniger und gleichzeitig einer Liste mehr für die Jungfreisinnigen (über den ganzen Kanton!), wäre der Sitz den Jungliberalen zugefallen. Dass jede Stimme zählt, wurde somit einmal mehr eindrücklich bewiesen.

Die Sitzgewinne in Basel-Stadt (+2)

sind dann vor allem einer Wahlrechtsänderung zu verdanken. Die undemokratische Wahlhürde wurde abgeschafft und so konnten 2012 verloren gegangene Sitze zurückgeholt werden, die der EVP stimmanteilmässig zustehen.

Nach acht absolvierten Wahlgängen gehört die EVP also zu den klaren Siegerinnen und es ist uns gelungen, unser Potenzial optimal auszuschöpfen.

Auch wenn wir auf alle diese Sitzgewinne gehofft haben, so musste schliesslich doch sehr vieles passen, um die Ziele auch zu erreichen. Ein grosser Dank dafür geht an die aktiven Kantonalparteien und die vielen Kandidierenden, aber auch an Projektleiter Lukas Zimmermann, der mit richtigen Strategien und unermüdlichen Einsatz den Kantonalparteien eine grosse Stütze war. (rr)



Sitzverschiebungen nach Wahlen in 8 Kantonen

Grafik: Roman Rutz

GARANTIIERT VIRENFREI. ABER NICHT OHNE NEBENWIRKUNGEN.

WWW.DOPPELPUNKT.CH

Seit 1925. Das Wochenmagazin mit relevantem Journalismus für ein sinnstiftendes Leben.
Jetzt den Doppelpunkt kostenlos und völlig unverbindlich kennenlernen!

Anzeige